

Jan Eckel/Samuel Moyn (Hrsg.), Moral für die Welt? Menschenrechtspolitik in den 1970er Jahren (Schriftenreihe der FRIAS School of History, Bd. 5), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2012, 396 S., kart., 59,99 €.

Nach dem von Stefan-Ludwig Hoffmann 2010 herausgegebenen Band „Moralpolitik“¹ ist der hier anzuzeigende Sammelband von Jan Eckel und Samuel Moyn der zweite bedeutende Versuch, die historische Debatte um Menschenrechte in Deutschland auf einen internationalen Standard zu bringen und zugleich neue Akzente zu setzen. Hoffmanns Band, in dem die beiden Protagonisten des neuen Bandes je vertreten waren, gab eine breite Bestandsaufnahme seit dem 19. Jahrhundert. Nunmehr werden zentrale von Eckel wie von Moyn entwickelte Thesen gründlich auf den historischen Prüfstand gestellt. Beide hatten die 1970er Jahre als den eigentlichen Durchbruch der Menschenrechte bezeichnet: Moyn in seinem bereits viel zitierten Buch „The Last Utopia“ mit eben der Begründung, die anderen utopischen Wertordnungen hätten damals ihre Attraktivität eingebüßt – Eckel hatte, fast gleichzeitig, in einem großen Überblicksaufsatz über die Menschenrechtsdiskurse, aber auch deren politische Einbettung seit dem Zweiten Weltkrieg, eine ähnliche Zäsur gesehen.²

Nun stellen beide diese Frage zur Debatte – und fast alle Autoren halten sich daran, aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln darauf einzugehen. Es gibt zwei allgemeine Hinführungen: Sam Moyn hebt hervor, dass noch vor einem Jahrzehnt kaum ein Historiker Menschenrechte untersuchte, und erklärt unter anderem eine Studie aus dem Jahr 2006 bereits zu einem Klassiker. Er betont die Widersprüchlichkeit der 1970er Jahre, in denen – etwa mit einem bekannten Harvard-Band³ – der Schock des Globalen, gegenüber der hier zu Debatte stehenden Wende, noch besser erklärt werden müsse. Was den hier vorzustellenden Sammelband sympathisch macht ist die Bescheidenheit, mit der beide Herausgeber den Einschnitt der 1970er Jahre nach wie vor zur Hypothese erklären (Moyn) oder er ausdrücklich „nicht als ein homogener, klar gerichteter und nahtlos abgrenzbarer Zeitraum“ verstanden wird, sondern als „multifunktionales moralpolitisches Erneuerungsversprechen“ (Eckel, S. 26).

Eckels 45-seitige Einleitung bildet den wichtigsten kategorialen Beitrag, der das ganze Forschungsfeld überzeugend durchdringt. Betitelt mit dem pfiffigen, aber doch wohl ein wenig übertriebenen Titel „Neugeburt der Politik aus dem Geist der Moral“ benennt er einige der „Verkomplizierungen“: Es gab regional je unterschiedliche Ablaufrhythmen, unterschiedliche Formen der Aneignung und wechselnde Koalitionen von Akteuren, aber auch Grenzen, wenn etwa in der ‚Dritten Welt‘ Menschenrechte bisweilen als Ausdruck westlichen Imperialismus gedeutet wurden. Zwei Sätze an Erklärungen bietet Eckel an, zunächst einmal die globalen Rahmenbedingungen wie Dekolonisierung, Entspannungspolitik und – ganz wichtig – die neue Rolle von globalen Medien („Medialisierung“), die zu einer neuen Präsenz von Leid und damit auch zu neuem Umgang damit führten. Schließlich hätten sich auch die politische Linke, ebenso wie die Kirchen, gewandelt. Dem an die Seite stellt Eckel einen weiteren Satz eher intrinsischer Momente unter dem Titel „Die inhärente Attraktivität der Menschenrechte“. Das reicht von

¹ Stefan-Ludwig Hoffmann (Hrsg.), *Moralpolitik. Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010.

² Samuel Moyn, *The Last Utopia. Human Rights in History*, Cambridge/London 2010; Jan Eckel, *Utopie der Macht, Kalkül der Macht. Menschenrechte in der globalen Politik seit 1945*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 49, 2009, S. 437–484.

³ Niall Ferguson/Charles S. Maier/Erez Manela u.a. (Hrsg.), *The Shock of the Global. The 1970ies in Perspective*, Cambridge 2010.

taktischen Motiven bei Dissidenten, die Sprache der Menschenrechte zu verwenden, insgesamt dem Bestreben nach Überwindung der Logik des Kalten Kriegs bis hin zu einer Rückkehr der Moral in die Politik und dem vermeintlichen oder taktischen Nutzen von gleichsam ‚unpolitischen‘ Werten zur Durchsetzung durchaus konkreter politischer Ziele – eine List der Geschichte würde der Rezensent das nennen.

Die zwölf nachfolgenden Beiträge sind alle zupackend geschrieben, beruhen auf gründlichen Quellenstudien und scheuen auch bisweilen zupackende Thesen nicht. Fast alle Autoren reden von der „Sprache der Menschenrechte“, berücksichtigen also, dass es nicht allein um Werte, sondern um deren sprachliche Verwendung und Verwertung geht. Wenn „Biafra“ bisweilen als der entscheidende Punkt zur Durchsetzung von Menschenrechtssprache zugemessen wird, dann macht Lasse Heerten behutsam den taktischen, ja PR-Einsatz des Arguments gegenüber einer doch recht anderen nigerianischen Wirklichkeit deutlich. Dankenswerterweise wird auch der sowjetische Machtbereich einbezogen, und zwar nicht allein als negative Folie. Das gilt für die Sowjetunion (Benjamin Nathans), wenn ein Ineinandergreifen von Dissidenten und offizieller Politik thematisiert wird, mehr aber noch für die DDR (Neil Richardson Little) – ein Beitrag, in dem das offizielle verbale Bekenntnis des zweiten deutschen Staats zu den Menschenrechten in seiner Widersprüchlichkeit zur politischen Realität das Thema ist. Der Polen-Beitrag (Gunter Dehnert) für die Zeit nach Helsinki richtet sich im Kern sehr kenntnisreich auf den dortigen innenpolitischen Wandel; Menschenrechte sind hier eher peripher.

Zur KSZE werden wir aus einem größeren Forschungsprojekt in nächster Zeit noch viel erfahren; Benjamin Gilde und Veronika Heyde geben hier einen informierten Überblick über die unterschiedliche Haltung der Regierungen Österreichs und Frankreichs zur KSZE. Zwei sich gut ergänzende Beiträge sind Südamerika gewidmet: Patrick William Kelly über den Conosur im Allgemeinen, Lyndsay Skiba zum Wandel der Menschenrechtsdiskussion in Argentinien.

Ähnlich verhalten sich zwei Beiträge zu den USA. Daniel Sargent diskutiert die innenpolitische Entwicklung der USA insgesamt, während Carl J. Bontempo das partielle Umdenken in der republikanischen Partei anspricht – beide Autoren im Übrigen in guter Einbettung innen- wie außenpolitischer Faktoren. Den Interaktionen südafrikanischen Exils und dem Entstehen britischer Anti-Apartheid-Bewegungen widmet sich Simon M. Stevens. Nur scheinbar abseitig ist der Aufsatz von Bradley Simpson über Indonesien: Die Zäsur um 1970 setzte in Interaktion von Entwicklung und Menschenrechten neue Themen. Was von der Opposition an Menschenrechtsdiskussion ausging, wurde im Ausland aufgegriffen und führte so zu einer nicht nur sprachlichen Anpassung des Suharto-Regimes. Das Gender-Thema wird merkwürdigerweise nur im letzten Beitrag von Celia Donnert aufgegriffen, die die Weltfrauenkongresse, vor allem den in der DDR 1975, einbettet in die allgemeine Diskussionen der Frauenbewegung seit 1945.

Was bleibt? Insgesamt ist hier eine einfühlsame und weiterreichende Debatte zur Geschichte der Menschenrechte ansprechend gebündelt. Politische Geschichte wird gut verbunden mit Diskursgeschichte. Gerade angesichts des globalen Ansatzes wäre es beackmesserisch, fehlende Vollständigkeit zu bemängeln. Westeuropa kommt gar nicht vor. Aber man wünschte sich schon mehr über sozialistische Menschenrechtssprache – etwa auch in China. Was darüber hinaus aus verschiedenen Beiträgen hervorgeht, ist, dass es *die* Menschenrechte als solche trotz aller Kodifizierungen nicht gibt: Es sind je selektive, situative Sets an Menschenrechten, die im Rahmen der allgemeinen Werte politisch in den Vordergrund traten. Das sollte man künftig deutlicher und gezielter zum Thema machen. Sodann sind Eckels oben benannte Grundkategorien für das Aufkommen verstärkter Menschenrechtsdebatten überaus nützlich. Aber wie sich seine beiden Sets an Erklärungen im Wandel je zueinander verhielten, bleibt zu diskutieren. Die Antwort dürfte nicht in einem Entweder-oder oder einem schlaffen Sowohl-als-auch liegen, sondern in je situativer Untersuchung. Das rennt bei den Herausgebern und den Autoren dieses Bandes gewiss offene Türen ein, in den Worten von Bradley Simpson: „Die Historiografie der Menschenrechte benötigt weitaus mehr Studien, die von lokalen Quellen und

Menschenrechtskonzeptionen ausgehen, als uns gegenwärtig vorliegen“ (S. 365). Ob das allerdings wörtlich von Simpson stammt, ist fraglich, aber gut die Hälfte der Beiträge ist von Stefan Kurz aus dem Englischen sehr kompetent übersetzt, eine Leistung, die man auch im Titel ruhig hätte erwähnen können. Ob er dann allerdings auch jedes englische Zitat übersetzen musste, steht angesichts des sonst hierzulande üblichen Standards dahin – da hätte man doch gern mehr Quellsprache gehabt. Aber das ist eine Petitesse. Man darf hoffen, dass der hohe Standard dieses Bandes in künftigen Veröffentlichungen gehalten wird – eine ganze Reihe einschlägiger Tagungen der letzten Zeit, deren Veröffentlichung zu erwarten ist, lassen darauf hoffen.

Jost Dülffer, Köln

Zitierempfehlung:

Jost Dülffer: Rezension von: Jan Eckel/Samuel Moyn (Hrsg.), *Moral für die Welt? Menschenrechtspolitik in den 1970er Jahren* (Schriftenreihe der FRIAS School of History, Bd. 5), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2012, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 53, 2013, URL: <<http://fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81442>> [22.3.2013].